LEITARTIKEL

VON JOSEF URSCHITZ

Wir Crashtest-Dummys für die neue Bankenwelt

Die dümmlichen Argentinien-Vergleiche deutscher Altbanker zeigen, dass Finanzminister Schelling mit dem Heta-Moratorium alles richtig gemacht hat.

Der Hauptgeschäftsführer des deutschen Bankenverbands, Michael Kemmer, hat Österreich gestern wegen des Heta-Zahlungsmoratoriums mit dem Staatspleitenland Argentinien verglichen. Ein völlig überzogener und genau genommen auch ziemlich dummer Vergleich – der aber dadurch Gewicht bekommt, dass er über die in Finanzkreisen sehr ernst genommene Agentur Bloomberg in die Welt hinausgetragen wurde.

Sollen wir jetzt alle in Panik verfallen und auf die unausweichliche Staatspleite warten? Schauen wir uns lieber erst einmal an, wer uns da Liebesgrüße aus Berlin ausrichten lässt. Hauptgeschäftsführer des deutschen Bankenverbands klingt auf den ersten Blick ja irgendwie seriös.

Also: Herr Kemmer war von 2006 bis März 2008 Finanzchef der BayernLB. In diese Zeit fiel die Übernahme der Hypo Alpe Adria samt der in Kärnten damals üblichen korruptiven „Part of the game"-Nebengeräusche. Letzteres bescherte ihm (und einigen anderen BayernLB-Managern) Ermittlungen wegen Bestechung und Untreue, das Verfahren wurde aber eingestellt.

Von März 2008 bis zur Hypo-Notverstaatlichung im Dezember 2009 war Kemmer Vorstandsvorsitzender der Hypo-Mutter BayernLB. In dieser Zeit musste die Bank mit einer Zehn-Milliarden-Euro-Kapitalspritze des Landes Bayern vor der Pleite gerettet werden. Am 14. Dezember 2009, dem Tag der Hypo-Notverstaatlichung, wurde Kemmer schließlich zurückgetreten – sorry, muss natürlich heißen: beschloss er, sich neuen Herausforderungen zu stellen.

Der Mann hat also eine beeindruckende „Erfolgsgeschichte" aufzuweisen, ist in der Hypo-Heta-Sache überdies so Partei, wie man nur Partei sein kann – und damit wohl auch genau der Richtige, um uns die Bankenwelt nach Lehman zu erklären.

Um diese geht es tatsächlich: Mit der Heta kommt ja (obwohl die Abbaugesellschaft genau genommen gar keine Bank ist) erstmals das neue Bankenabwicklungsregime der EU zur Anwendung. Wir spielen sozusagen Crashtest-Dummys für die neue Bankenwelt. Ein Präzedenzfall, der zeigen wird, ob es tatsächlich gelingt, wieder marktwirtschaftliche Grundsätze in die Finanzwelt einzuführen, oder ob der besonders in Europa eingerissene partielle Finanzkommunismus (Vergesellschaftung von Bankverlusten) weiterhin seine volkswirtschaftlichen Gigaschäden anrichten kann.

Kernpunkt ist das Ende der wettbewerbsverzerrenden öffentlichen Haftungen für private Bankverbindlichkeiten. Die explizite Länderhaftung hat die EU ja dankenswerterweise bereits 2007 gestrichen. Die implizite Staatshaftung ist aber in den Bankerköpfen noch immer fest verankert: Reißen nach Fehlspekulationen alle Stricke, dann hat ohne Wenn und Aber der Steuerzahler einzuspringen. Herr Kemmer hat sich ja gestern selbst geoutet, dass er Bundes- und Landeshaftungen nicht auseinanderhalten kann oder will und noch immer nicht begriffen hat, dass der Bund in Österreich nur für das haftet, wofür er explizite Garantien abgegeben hat. Die Länderhaftung Kärntens für die Hypo gehört jedenfalls nicht dazu.

Das Ganze ist deshalb von grundsätzlicher Bedeutung, weil diese implizite Staatshaftung die Bankenskandale in ganz Europa erst ermöglicht hat. Würde das Refinanzierungsrisiko der Banken ohne die implizite Steuerzahlerhaftung im Hintergrund betrachtet, dann hätten die meisten Banken – etwa die Hypo und die BayernLB – ihre überzogenen Expansions- und Spekulationsstrategien mangels tragbarer Refinanzierung gar nicht fahren können.

Wenn Herr Kemmer jetzt also meint, die Refinanzierung der Banken würde sich durch das Heta-Moratorium verteuern, dann ist das keine Drohung, sondern das lang erwartete Ende der steuerzahlerschädlichen Wettbewerbsverzerrung. Das wird hoffentlich europaweit geschehen. Finanzminister Schelling hat mit dem Moratorium jedenfalls alles richtig gemacht und wird damit hoffentlich einen europäischen Präzedenzfall schaffen. Auch wenn das direkt in den Hypo-Skandal involvierten deutschen Ex-Bankern so gar nicht gefällt.

Mehr zum Thema: **Seite 1**

E-Mails an: **josef.urschitz@diepresse.com**

Enttäuschter Podemos-Chef Pablo Iglesias nach der Wahl im südspanischen Andalusien: Seine radikale Anti-Euro-Linkspartei schnitt viel schlechter als erwartet ab. [Reuters]

Die „Kaste" der Großparteien geht doch nicht unter

Analyse. Entgegen allen Prognosen triumphierten bei Wahlen in Spanien und Frankreich nicht radikale Anti-Establishment-Bewegungen, sondern etablierte Altparteien – auch aus Angst vor griechischen Zuständen.

VON SUSANNA BASTAROLI UND RUDOLF BALMER (PARIS)

Den Anfang des Endes etablierter Parteien hatten Meinungsforscher und Medien seit Wochen prophezeit, sowie einen triumphalen Siegeszug der radikalen Anti-Euro-Bewegungen. Doch bei der Regionalwahl im südspanischen Andalusien und der Abstimmung in rund 100 französischen Departements kam es am Sonntag ganz anders: In beiden Ländern setzten sich überraschend die großen Volksparteien durch. Die linksradikale spanische Podemos sowie der rechtsextreme französische Front National indes mussten sich mit einem bescheidenen Achtungserfolg zufriedengeben.

So feierte in Sevilla am Montag statt der charismatischen Lehrerin Teresa Rodriguez von Podemos ihre dynamische sozialistische Rivalin Susana Díaz den Sieg; wohl auch dank der bisherigen Regierungschefin haben die Sozialisten (PSOE) in ihrer nationalen Hochburg am Sonntag die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt. Podemos landete mit 15 der insgesamt 109 Sitze schlechter als erwartet auf Platz drei – sogar hinter den im Korruptionssumpf versinkenden Konservativen von Premier Manuel Rajoy, die auch noch wegen des Sparprogramms von den Andalusiern abgestraft wurden. Der Partido Popular (PP) rutschte in Andalusien auf ein historisches Tief ab. Beobachter deuteten dies bereits als Vorgeschmack auf ein Debakel, das Rajoy bei der Parlamentswahl im Herbst erwarten könnte.

Der Anti-Syriza-Effekt

Im Gegensatz zu den Konservativen schienen die Sozialisten bei dieser Wahl gegen die zahlreichen Korruptionsskandale, in die auch PSOE-Regionalpolitiker verwickelt sind, immun gewesen zu sein – und das haben sie wohl vor allem der Persönlichkeit von Díaz zu verdanken. Durch ihre unermüdlichen Attacken gegen die „korrupten" Konservativen und Warnungen vor der chaotischen Podemos-Truppe konnte sie ihre Partei als Garant für Stabilität positionieren.

Vor allem in den ländlichen Regionen, wo die Skepsis gegenüber der jungen Radikalen von Podemos am größten ist, punkteten die Sozialisten damit. Díaz schaffte es sogar, traditionelle Wähler der Konservativen für sich zu gewinnen: Zahlreiche Unternehmer stimmten aus Angst vor einem Erstarken von Podemos – und der befürchteten daraus resultierenden Instabilität – diesmal für die Sozialisten. Viele Wähler könnten auch die chaotischen Zustände in Griechenland abgeschreckt haben, wo derzeit mit Syriza die linksradikale Zwillingspartei von Podemos an der Macht ist: „Der Syriza-Effekt könnte langfristig Podemos schaden", sagt Yves Bertoncini, Direktor des Thinktanks Notre Europe in Paris, der „Presse".

Das Zwei-Parteien-System in Spanien sei zwar entgegen allen Unkenrufen weit von seinem prognostizierten Ableben entfernt – doch der rasante Aufstieg der erst knapp ein Jahr alten Podemos und ihres aufstrebenden bürgerlichen Pendants Ciudadanos könnte den etablierten Parteien das Leben schwerer machen, warnt Bertoncini: „Podemos und Ciudadanos sollten sie zu größeren Anstrengungen antreiben", fordert José Ignacio Torreblanca vom European Council of Foreign Relations.

AUF EINEN BLICK

Im südspanischen Andalusien gewannen bei Regionalwahlen die regierenden Sozialisten 47 der 109 Parlamentssitze. Regierungschefin Susana Díaz wird nun eine Minderheitsregierung bilden oder sich einen Bündnispartner suchen. Die linksradikale Podemos errang 15 Mandate, blieb damit aber deutlich hinter den Erwartungen zurück. Ihr sozialliberales Pendant, Ciudadanos, das erstmals in Andalusien kandidiert hatte, gewann neun Sitze.
Auch in Frankreich setzten sich bei der ersten Runde der Departementswahlen die Konservativen unter Nicolas Sarkozy mit 36 Prozent der Stimmen durch. Der Front National schnitt mit 25 Prozent schlechter als erwartet ab, die regierenden Sozialisten kamen auf 28 Prozent.

Auch in Frankreich hat sich allen Umfragen zum Trotz beim ersten Durchgang der Departementswahlen die konservative Rechte mit 36 Prozent der Stimmen deutlich gegen den Front National durchgesetzt. Erfolgreich war sie auch dank der Wähler der politischen Mitte: Für die oppositionelle UMP des Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy hat es sich ausgezahlt, dass er in den allermeisten Wahlkreisen mit dem bürgerlichen Zentrum (UDI) gemeinsame Listen aufgestellt hatte.

Angeschlagener Hollande überlebt

Marine Le Pens Front National hingegen, dem die Umfragen mit mehr als 30 Prozent einen spektakulären oder sogar historischen Durchbruch vorausgesagt hatten, erreichte nur 25 Prozent. Der Erfolg ist dennoch mehr als beachtlich: Der FN, der bisher nur über einen einzigen Sitz in einem Departementsrat verfügte, hat auf Anhieb acht Mandate erobert. Das bedeutet konkret, dass in diesen Wahlkreisen mehr als die Hälfte der Bürger den FN gewählt hat.

Sarkozy schaffte es allerdings, dem Front National einige Wähler abspenstig zu machen: Seine Partei hat mit einigem Erfolg in ihrer Wahlkampagne einige Themen der Rechtspopulisten übernommen, um so dem FN bei den über die Linksregierung wütenden Bürgern das Wasser abzugraben. Der Ex-Präsident hat sofort nach dem Bekanntwerden der ersten Ergebnisse angekündigt, dass die UMP in den Wahlduellen, in denen sie selbst nicht mehr präsent ist, weder die Linke noch die extreme Rechte unterstütze. Den FN-Sympathisanten aber hat er in einem Appell versichert, die UMP biete die echten Lösungen für ihre Probleme und Ängste an.

Trotz Wirtschaftskrise und der Unbeliebtheit von Präsident François Hollande konnten die Sozialisten diese Wahl erstaunlich gut „überleben": Der PS kam auf etwa 28 Prozent. Eine Ohrfeige erhielt hingegen die radikale Linke – Linksfront (Kommunisten und Linkspartei) sanken auf 6,5 Prozent, die Grünen sogar auf 1,4 Prozent.

Sarkozy verpasste UMP Leadership

Dass die französische bürgerliche Rechte ein Comeback feiere, sei freilich vor allem Sarkozy zu verdanken, meint der französische Politologe Bertoncini. Wobei er den Erfolg nicht so sehr auf die Persönlichkeit des wegen seines ausschweifenden Lebensstils kritisierten Ex-Staatschefs zurückführt. Sondern vielmehr auf seine Führungsrolle: „Sarkozy hat es durch seine Rückkehr geschafft, die internen Machtkämpfe zu beenden. Dank Sarkozy gibt es in der UMP zumindest wieder eine Leadership, die Partei wird dadurch wieder glaubwürdig", sagt er.

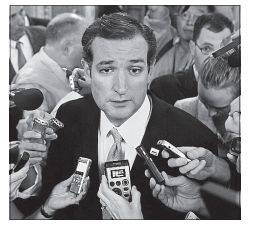
Dass sich die UMP nun wieder als glaubhafte Alternative zu den Sozialisten positioniere, sei eine „gute Nachricht" für Frankreich, da vom Machtkampf innerhalb des bürgerlichen Lagers Anti-System-Parteien wie Front National profitieren würden. Allerdings hofft Bertoncini bei der Präsidentenwahl 2017 neue Gesichter zu sehen: Nicolas Sarkozy und François Hollande symbolisierten für viele Wähler „das alte, verrottete System der Krise". Und davon profitiere vor allem Marine Le Pen.

US-Wahl. Der texanische Senator Cruz bewirbt sich um das Weiße Haus. Sein demagogischer Stil macht seine Nominierung durch die Republikaner unwahrscheinlich.

Ted Cruz, der Kreuzritter von rechts außen

Von unserem Korrespondenten OLIVER GRIMM

Washington. Ted Cruz, der 44-jährige Senator aus Texas, ist ein Hitzkopf, ein Demagoge und ein politischer Haudegen, der sich bei der Kritik an seinen politischen Gegnern auch in der untersten Schublade bedient. Ein Dummkopf, wie ihn Amerikas Linksliberale gern verhöhnen, ist Cruz allerdings nicht. „Jedes Jahr sieht man zwei oder drei Studenten, von denen man weiß, dass sie geborene Führer sind. Jeder sah das bei Barack Obama", sagte der Strafrechtsprofessor Alan Dershowitz, bei dem Cruz vor zwanzig Jahren in Harvard studierte und cum laude abschloss, zum „Boston Globe". „Es gibt Studenten, die mit charismatischen Eigenschaften ausgestattet sind, denen andere Leute folgen. Cruz war einer davon."



Ted Cruz, republikanischer Senator aus Texas. [EPA]

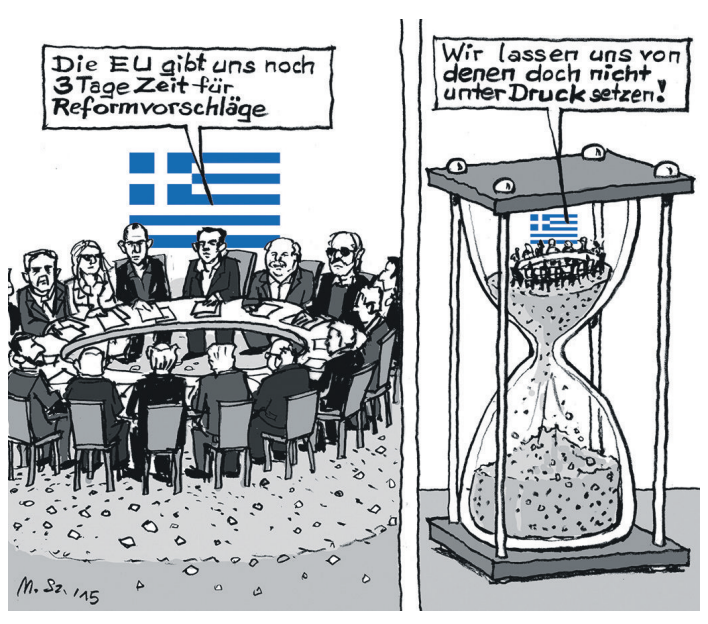
Am Montag erklärte Cruz als erster Politiker beider Parteien seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2016. Der Ort dieser Ankündigung machte klar, an welche Wählergruppe sich der Sohn eines 1957 eingewanderten Kubaners wendet: die Liberty University in Lynchburg, Virginia, 1971 vom Baptistenprediger Jerry Falwell gegründet, der unter anderem Homosexualität zur Sünde erklärte, die Kinderserie „Teletubbies" als Schwulenpropaganda geißelte und den Kreationismus, also die Schöpfungsgeschichte nach der Genesis, zum akademischen Lehrinhalt machte.

Cruz konzentriert sich in seiner Kampagne auf weiße, evangelikale Protestanten. In den Umfragen liegt er weit hinter zahlreichen wahrscheinlichen republikanischen Kandidaten; vergangene Woche sagten nur vier Prozent der befragten Republikaner in einer CNN-Umfrage, dass sie Cruz wählen würden – Platz acht. Doch bei der ersten parteiinternen Vorwahl in Iowa werden weiße fundamentalistische Protestanten die Mehrheit stellen. Zuletzt, im Jänner 2012, gaben sie in Iowa 56 Prozent der Stimmen bei der Vorausscheidung der Republikaner ab. Damals siegte der erzkonservative Rick Santorum knapp vor dem späteren Präsidentschaftskandidaten, Mitt Romney. Cruz spekuliert somit darauf, dass er den Schwung eines ersten Vorwahlsieges dazu nutzen kann, auch gemäßigtere Teile der konservativen Bewegung für sich zu gewinnen. Denn wenn er nur als Bannerträger der weißen Evangelikalen auftritt, hat er keine Chance, nominiert zu werden. Diese Gesellschaftsgruppe zählt zwar zu den fleißigsten Wählern, von ihr stammten aber bei den Urnengängen 2012 und 2014 nur 23 bzw. 26 Prozent aller Stimmen. Und nicht jeder weiße Baptist ist konservativ: Laut Erhebung des Pew Research Center gingen bei den Kongresswahlen im vergangenen November nur 78 Prozent der evangelikalen Stimmen an republikanische Kandidaten.

Ob das Kalkül aufgeht, nach einem Blitzstart eine breite konservative Koalition zu schmieden, ist fraglich. Denn einige von Cruz' Botschaften laufen den erklärten Interessen des republikanischen Establishments zuwider. So ist er streng gegen jegliche Form einer Amnestie für illegal eingewanderte Lateinamerikaner. Er will die allgemeine Krankenversicherung mit Stumpf und Stil abschaffen und das Internal Revenue Service (IRS), also die US-Steuerbehörde, zusperren. „Meiner Meinung nach gibt es einen kraftvollen populistischen Instinkt, demzufolge man das Gebäude des IRS mit einem Schloss absperren und die 110.000 Beschäftigten des IRS an unsere Südgrenze schicken sollte", ließ Cruz bei der jährlichen Konferenz konservativer Republikaner wissen. Später beeilte er sich zu erklären, er habe nur gescherzt. Präsidentielle Würde hat ihm das nicht unbedingt verliehen.

Ebenso wird ihm von parteieigenen Kritikern entgegengehalten, dass er im Budgetstreit vor einem Jahr mit seinem bedingungslosen Veto gegen Obamas Krankenversicherung die USA beinahe in die Zahlungsunfähigkeit gestürzt habe. Hillary Clinton, die voraussichtlich in den nächsten Wochen ihre Kandidatur für die Demokraten erklären wird, darf sich über Cruz' Kandidatur jedenfalls freuen. Seine Demagogie dürfte ihr die Unterstützung des linken Parteirandes sichern, der in der allgemeinen Wählerschaft ebenso wie der rechte Rand um Cruz nur eine kleine Minderheit darstellt, allerdings eine ebenso wichtige Rolle beim Wachrütteln der Parteibasis ist.

Würde bereits jetzt gewählt und stünden sich Cruz und Clinton gegenüber, hätte die Ex-Außenministerin laut Umfrage der Quinnipiac University in Connecticut mit 48 zu 38 Prozent die Nase vorn; keinen anderen Republikaner würde sie so deutlich schlagen.



TIME-OUT? [Markus Szyszkowitz]

Kasparow: „Putin wird im Kreml sterben"

Ukraine. Der russische Exil-Oppositionelle Kasparow warnt in einer Brandrede davor, dem „Diktator" in Europa nachzugeben: „Dann wird er noch weiter gehen." Moskau macht unterdessen Kiew schwere Vorwürfe.

Den Haag. „Putin wird den Rest seines Lebens im Kreml bleiben. Er wird im Kreml sterben. Aber wann und wie, das weiß ich nicht." Das erklärte der einstige Schachweltmeister und Putin-Gegner Garri Kasparow nun in seiner Rede vor dem niederländischen Nexus-Institut in Tilburg. Kasparow warnte den Westen eindringlich vor „der Gefahr Putin": „Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat ein Diktator in Europa die Grenzen wieder verändert." Wenn der Westen Putin jetzt nicht entschieden entgegentrete, dann sei die ganze Ukraine und das Baltikum in Gefahr: „Europa darf nicht nachgeben."

Nach dem Fall der Berliner Mauer habe der Westen geglaubt, der Liberalismus und die Demokratie setze sich überall in Europa durch. Aber das sei eine Illusion gewesen. „Jede Generation hat ihre eigene Berliner Mauer. Wir müssen nun wieder eine Koalition formen, die auf Prinzipien basiert. Ohne unsere Einheit und unsere Prinzipien wäre die Mauer nie gefallen. Das Böse stirbt nicht aus und die Geschichte kennt kein Ende", so Kasparow. Europa habe von sich aus die Neigung, Kompromisse zu schließen. „Eine Win-win-Situation an sich ist schön, aber mit dem Islamischen Staat oder mit Putin ist sie nicht möglich. Putins einziges Ziel ist, an der Macht zu bleiben. Diese Realität müssen wir anerkennen."

Kasparow rief den Westen auch dazu auf, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen und der Ukraine Waffen zu liefern. „Wenn Putin spürt, dass wir Schwäche zeigen, wird er noch weiter gehen." Waffenlieferungen an die Ukraine werden Putin nicht stoppen, aber der Preis für ihn wird höher", meint der Russe, der vor Putin nach New York geflüchtet ist. Kasparow will auch nicht nach Russland zurückkehren, solange Putin an der Macht ist. „Das würde ein One-Way-Ticket, ohne Rückreise", sagt er. Das gesellschaftliche Klima in Russland sei „völlig vergiftet". „Meine Mutter hat das Stalin-Regime noch miterlebt. Aber so viel Hass wie heute habe sie noch nie erlebt, sagt sie." Kasparow forderte den niederländischen Premierminister Mark Rutte auch dazu auf, am 9. Mai nicht zum 70. Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland nach Moskau zu reisen. „Das würde Putins Arroganz noch stärken."

Gerüchte um Intrige im Kreml

Das Minsker Abkommen zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine gerät unterdessen ins Wanken. Wieder wurde die vereinbarte Waffenruhe gebrochen. Die ukrainische Armee sowie die Separatisten und der Kreml machten sich gegenseitig Vorwürfe. „Moskau ist extrem besorgt über die anhaltenden Schüsse von Kiewer Seite mit schwerer Artillerie", erklärte etwa Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Die ukrainische Armee habe einzelne Bestimmungen des Minsker Abkommens verletzt.

Peskow gab gestern auch zwei Personalien bekannt, die Spekulationen über eine Fehde im Herzen des Kreml anheizen. Oleg Morosow, bisher Leiter der Abteilung Innenpolitik in der Präsidialverwaltung, trete aus „familiären Gründen" zurück. Ihm werde Tatjana Woronowa nachfolgen, Ex-Chefin der Jugendorganisation von Putins Partei Geeintes Russland. Peskow verkündete auch den Abgang von Sergej Bolkhowitin, Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit. Grund und Nachfolger nannte er nicht. (htz)

Militärintervention im Jemen?

Eskalation. Schiitische Huthi-Rebellen setzen Offensive im Süden des Landes fort. Nun erwägen sunnitische Golfmonarchien einzugreifen.

Sanaa. Angesichts des Vormarschs der schiitischen Huthi-Rebellen im Jemen zeichnet sich ein Eingreifen sunnitischer Golfmonarchien ab. Falls der Konflikt nicht friedlich gelöst werden könne, werden die Staaten „die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Region zu schützen", erklärte der saudische Außenminister Prinz Saud al-Faisal.

Zuvor hatte Jemens Außenminister Riad Jassin um militärische Hilfe im Kampf gegen die Huthis gebeten. Saudiarabien sieht in der schiitischen Miliz das Werk des ebenfalls schiitischen Regimes in Teheran. Er lehne die „Einmischung des Irans" ab, klagte Prinz Faisal gestern.

Der UN-Sondergesandte Jamal Benomar erklärte dem Sicherheitsrat, der Jemen stehe „am Rande eines Bürgerkriegs". Ohne politische Lösung könne er zu einer Irak-Libyen-Syrien-Kombination werden. Vergleiche mit den drei Sorgenkindern lassen alle Alarmglocken schrillen. Das höchste UN-Gremium forderte dann auch die Huthi-Rebellen zum Rückzug auf und bekräftigte seine Unterstützung für den im Februar aus der Hauptstadt Sanaa nach Aden geflohenen Präsidenten Abd-Rabbu Mansur Hadi. Doch der Appell aus New York verhallte. Die Huthis hatten am Sonntag Taiz eingenommen. Die drittgrößte Stadt des Landes liegt auf der Route von Sanaa ins südliche Aden. Am Montag scheiterten sie mit einem Vorstoß auf Aden.

Die Huthis haben ihre Wurzeln im Norden des Landes und gehören wie ein Drittel der jemenitischen Bevölkerung der schiitischen Minderheit der Zaiditen an. Im Herbst eroberten sie die Hauptstadt. Der später geflohene Präsident Hadi ist indes auch in Aden nicht sicher. Dort hat er es mit seinem Vorgänger Ali Abdallah Saleh gegenüber loyalen Truppen zu tun. Saleh soll sich mit den Huthis verbündet haben.

Der Konflikt trägt auch religiöse Züge: Die Huthi-Miliz kämpft gegen sunnitische Stämme und mit diesen verbündete Extremisten. So gilt der Jemen als Drehscheibe von al-Qaida auf der arabischen Halbinsel. Und als am Freitag Bomben in zwei von Huthis besuchten Moscheen in Sanaa hochgingen, bekannte sich der „Islamische Staat" (IS) zu der Tat. (strei/ag.)